



Antwort zur Anfrage Nr. 1220/2025 der Stadtratsfraktion DIE LINKE betreffend **Krieg und Frieden an Mainzer Schulen (Die Linke)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. An wie vielen Mainzer Schulen hat die Bundeswehr in den Schuljahren 2023/2024 und 2024/2025 Werbung gemacht? Welche Schulen waren dies genau? Mit welchen Mitteln (bspw. Infostand, Gesprächsangebot, Besuch von Klassen im Unterricht, Diskussionsveranstaltung, „Karrieremessen“) und in je welchem zeitlichen Umfang für welche Klassenstufen fanden diese Aktionen statt? Bitte nach Schule und Klassenstufe auflisten.

Diese Aufgabe liegt außerhalb der Zuständigkeit des Schulträgers, so dass keine Informationen hierüber vorliegen. Die Schulleitungen entscheiden in eigener Zuständigkeit, ob ein Besuch an einer Schule bzw. im Unterricht zugelassen wird.

2. War die Teilnahme der Schüler*innen jeweils freiwillig? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie wurde diese Freiwilligkeit gewährleistet, wenn Bundeswehrangehörige direkt in den Unterricht eingebunden wurden?

Ein Unterrichtsbesuch durch die Bundeswehr wird von der Schulleitung bzw. den Lehrkräften vor Ort gestaltet. Der Schulträger wird, mangels Zuständigkeit, nicht eingebunden.

3. Wer entscheidet darüber, ob die Bundeswehr an einer Schule werben darf? Werden die Eltern- und Schüler*innen-Vertretungen jeweils bei der Entscheidungsfindung mit eingebunden?

Die Entscheidung obliegt der jeweiligen Schulleitung.

4. An wie vielen Mainzer Schulen fanden in den beiden Schuljahren Veranstaltungen von Friedensinitiativen wie IPPNW, ICAN o.a. statt? Bitte analog der Fragen 1, 2 und 3 beantworten.

5. An welchen Schulen gibt es für das Schuljahr 2025/2026 und in welchem Umfang Planungen für entsprechende Veranstaltungen (Bundeswehr und/oder Friedensinitiativen)?

Dem Schulträger liegen hierüber keine Informationen vor. Siehe Antwort zu 1.

Mainz, 25. August 2025

gez.

Jana Schmöller
Beigeordnete